

Moralische Bankrotterklärung

Nachwort von Karl Kopp

Europareferent der Menschenrechtsorganisation PRO ASYL
Vorstandsmitglied des Europäischen Flüchtlingsrates ECRE

Mit Erleichterung und Freude hat PRO ASYL am 16. Juli 2004 die Nachricht von der Freilassung von Elias Bierdel, Stefan Schmidt und Vladimir Daschkewitsch aufgenommen. Der Versuch jedoch, Zivilcourage und humanitäres Handeln zu kriminalisieren und zu diffamieren, bleibt ungeheuerlich. Auf die Anklagebank gehören nicht die Retter der Schiffbrüchigen, sondern vielmehr eine verfehlte europäische Asyl- und Migrationspolitik. Die Auseinandersetzung um die „Cap Anamur“ hat die dringlichste Frage auf die europäische Agenda gesetzt: Können demokratische Staaten und ihre Bürger weiter damit leben, dass um sie herum in der Adria, in der Ägäis, in der Meerenge von Gibraltar und vor den Kanarischen Inseln Friedhöfe entstehen, die von Tag zu Tag größer werden?

Die europäischen Innenminister negieren weiterhin ihre Mitverantwortung für den skandalösen Sachverhalt, dass dieses Sterben an den Außengrenzen weitergeht. Die damaligen Innenminister Otto Schily und Giuseppe Pisanu haben mit dem Versuch der Kriminalisierung von humanitärer Hilfe ein Exempel statuiert. Die Botschaft lautet: Schiffsbesatzungen sollen in Zukunft wegschauen und weiterfahren, Flüchtlingsunterstützungsgruppen eingeschüchtert und künftigen Schutzsuchenden vermittelt werden, dass sie, falls sie es überhaupt bis zu unseren Küsten schaffen, Lager und Haft zu erwarten haben. Die Dramen, die sich in Ceuta, Melilla, auf den Kanaren und auf Lampedusa regelmäßig abspielen, zeigen, dass die EU-Staaten bei der Durchsetzung ihres Flüchtlingsbekämpfungsprogramms bereit sind, elementare Menschenrechtsstandards aufzugeben. Europa forciert das Outsourcing des Flüchtlingsschutzes ohne Rücksicht auf internationale Schutzabkommen oder die Menschenrechtssituation in den Transitstaaten und Herkunftsregionen.

Die gemeinsame Initiative des ehemaligen deutschen Innenministers Schily mit seinem italienischen Amtskollegen Pisanu vom Sommer 2004 zur Schaffung von Flüchtlingslagern in Nordafrika war die Ouvertüre zu massenhaften völkerrechtswidrigen Abschiebungen von Italien nach Libyen seit Oktober 2004. Dem gleichen menschenverachtenden Muster folgte im Herbst 2005 die spanische Regierung.

Spaniens Verstoß gegen die Menschenrechte

Die von Spanien durchgeführten Abschiebungen nach Marokko bedeuteten nichts anderes als den Bruch der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Danach müsste den Schutzsuchenden die Gelegenheit gegeben werden, einen Asylantrag zu stellen, der nach fairen und rechtsstaatlichen Kriterien geprüft wird – was nicht geschehen ist. Außerdem hat Spanien die Menschenrechtskonvention verletzt, weil es die Abgeschobenen Misshandlungen und menschenrechtswidriger Behandlung in Marokko ausgesetzt hat. Nach den gezielten Schüssen auf Flüchtlinge, den zahlreichen Todesfällen und den ständigen Misshandlungen durch das Militär wurden Flüchtlinge und Migranten im marokkanischen Transit vollends zu Freiwild erklärt. Etwa 1.000 afrikanische Flüchtlinge wurden nach Razzien in den Wäldern vor Melilla von Soldaten in Bussen in die Sahara verbracht. Erst nach heftigen internationalen Protesten ließ Marokko die Flüchtlinge zumindest teilweise wieder aus der Wüste abtransportieren und in Lager in Oujda und Bouarfa bringen. Mittlerweile hat Marokko, ausgestattet mit den nötigen EU-Finanzmitteln, weit über 1.000 afrikanische Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer abgeschoben.

Vorbild Italien

Italien ist hierbei das Vorbild. Ohne Prüfung der Fluchtgründe wurden seit Oktober 2004 Tausende Schutzsuchende nach Libyen abgeschoben – in ein Land, das die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet hat und in keiner Weise Flüchtlingsstandards einhält. Die Boatpeople wurden nach ihrer Ankunft auf der Insel Lampedusa inhaftiert und dann gefesselt in Militärmaschinen nach Tripolis abgeschoben. Die libyschen Behörden schoben sie ihrerseits weiter in ihre mutmaßlichen Herkunftsländer. Einen Teil der Abgeschobenen setzte das Regime im Grenzgebiet zu Niger aus. Bei einer ähnlichen Aktion im August 2004 verdursteten 18 Menschen.

Dem italienischen Journalisten Fabrizio Gatti ist es gelungen, einige Tage lang, getarnt als kurdischer Flüchtling, im italienischen Internierungslager auf Lampedusa zu recherchieren. Er berichtet in Form eines Tagebuchs von schweren Misshandlungen, die die Flüchtlinge bei den Vernehmungen durch die italienischen Polizisten erdulden mussten. Ein Flüchtling aus Tunesien musste mehrere Stunden lang nackt vor einem Polizisten stehen, wurde schikaniert und geschlagen. Keiner der Lagerinsassen wurde einem Richter vorgeführt, was nach italienischem Recht vorgeschrieben ist. Die hygie-

nische Situation im Lager beschreibt Gatti als katastrophal. Aus den Wasserhähnen fließt nur Salzwasser, es gibt keine Türen, kein Toilettenpapier, keinen Strom. Die Lagerinsassen werden von Mücken und Flöhen gepeinigt.

Neue Türsteher – Neue Wallanlagen

Mittlerweile ist die Flüchtlingspolitik der Regierung Berlusconi aufgewertet worden, denn im Juni 2005 wurde sie in etwas moderaterer Sprache zum EU-Ansatz auserkoren. Eine neue Wallanlage um die Festung Europa wird errichtet. In Zukunft soll der libysche Diktator Muammar al-Gaddafi die Grenzen Europas verteidigen. Die EU-Innenminister halten sich nicht lange bei der üblichen EU-Menschenrechtshetorik auf. Es gilt die Maxime: Wenn die neuen Türsteher Europas sich schon nicht zur Einhaltung der Menschenrechte bewegen lassen, möchten die EU-Innenminister zumindest den Grenzschutz, das Militär und die Polizei dort besser für die vorgelagerte Abwehr schulen. Leichensäcke für die Opfer der gescheiterten Fluchtversuche nach Europa, Wärmebildkameras, Jeeps, Schnellboote, Wolldecken für die willkürlich inhaftierten Flüchtlinge, neue Lager – das sind die europäischen Exportartikel seit dem Beginn der neuen Partnerschaft.

Libyen hat nach Angaben des „Ministeriums für Nationale Sicherheit“ im Jahr 2005 mehr als 23.000 afrikanische Flüchtlinge und Migranten an der Weiterreise nach Europa gehindert. Von Anfang 2004 bis Ende Juli 2005 hat das Land sogar mehr als 70.000 Menschen in ihre Herkunftsländer abgeschoben.

Brüsseler Weichspüler: „Regionale Schutzprogramme“

Die Innenminister und -senatoren unterstützen die Pläne (...) für regionale Schutzprogramme, mit denen Schutz und dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge möglichst nahe an ihren Herkunftsregionen geschaffen werden sollen ... (Sie) sehen jedoch keine Notwendigkeit für Neuansiedlungsprogramme im Gebiet der EU; die vorhandenen Instrumente des Flüchtlingsschutzes sind ausreichend (Innenministerkonferenz der Länder am 8. und 9. Dezember 2005 in Stuttgart). Die Forderung nach »heimatnaher Unterbringung« ist ein Evergreen bei Sicherheitspolitikern. Dabei ist sie längst Realität: Über 85 Prozent aller Flüchtlinge leben in der jeweiligen Herkunftsregion – meist in Elendslagern unter erbärmlichen Bedingungen. Für die meisten europäischen Innenminister geht es um die Frage, wie man den verschwindend

geringen Anteil der Flüchtlinge, die das Territorium der EU erreichen, auch noch los wird.

Die von den deutschen Innenministern so gepriesenen Vorschläge der EU-Kommission zu regionalen Schutzprogrammen dienen sicherlich auch dem Ziel der Auslagerung. Verpackt wird das Ganze in eine flüchtlingsfreundliche Phraseologie. Im Gegensatz zu den deutschen Innenministern setzt sich die Kommission im Rahmen dieses Schutzprogramms immerhin auch für ein humanitäres Flüchtlingsaufnahmeprogramm (Neuansiedlungs- bzw. »Resettlement«-Programm) der EU ein.

Die regionalen Schutzprogramme sollen jedoch vor allem »die Schutzkapazitäten in der Nähe der Ursprungsregionen« stärken, womit die Verbesserung der Aufnahmebedingungen, der Aufbau von Asylsystemen, aber auch Maßnahmen der Migrationkontrolle gemeint sein können. Besonders problematisch wird es, wenn man sich anschaut, wo die Pilotprojekte durchgeführt werden sollen, nämlich in der Ukraine, Moldawien und Belarus – alles unmittelbare Nachbarstaaten der erweiterten EU. Hinsichtlich Belarus gesteht die EU-Kommission noch verschämt zu, dass die Maßnahmen dort von der Unterstützung durch Nichtregierungsorganisationen abhängen. Die Kontakte mit den Regierungsstellen, das heißt mit dem autoritären Präsidenten Alexander Lukaschenko, sollten sich auf das unbedingt Notwendige beschränken. Diese Orte des »regionalen Schutzprogramms« drohen bereits in naher Zukunft zu neuen »sicheren Drittstaaten« der EU deklariert zu werden.

Für eine Handvoll Euro

Neben den Nachbarstaaten hat die EU auch Pläne für das Gebiet der Großen Seen in Afrika. Ein Pilotprojekt soll in Tansania entstehen. Der Flüchtlingshochkommissar der UN hat vor einiger Zeit in einem dramatischen Appell an die westlichen Geberländer darauf hingewiesen, dass beispielsweise die Essensrationen für 400.000 Flüchtlinge in Tansania wegen fehlender Finanzmittel drastisch reduziert werden müssten. Dem Welternährungsprogramm (WFP) fehlten im letzten Jahr 219 Millionen Dollar und dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) 182 Millionen Dollar. Das WFP sei Monaten gezwungen gewesen, Lebensmittelrationen für Hunderttausende Flüchtlinge zu kürzen, vor allem in Westafrika und in der Region der Großen Seen. Die Mittel der EU zur Ermöglichung dauerhafter Lösungen für Flüchtlinge im subsaharischen Afrika sind allerdings bescheiden – sie betragen ganze vier Millionen Euro.

Das Gerede von »regionalen Schutzprogrammen« bleibt verlogen, solange die EU nicht maßgeblich dazu beiträgt, die Not und Perspektivlosigkeit in den zahlreichen Flüchtlingslagern in Afrika zu beenden. Im Zuge der Debatte über diese vermeintlichen »Schutzkonzepte« hat sich nur die Gewichtung verschoben: Europa baut Menschenrechts- und Schutzstandards ab und verlagert die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz in Transitstaaten und noch mehr als bisher in die Herkunftsregionen.

Schnelle Eingreiftruppe vor Westafrika

Die Scham ist vorbei. Wer über Flüchtlinge und Migranten in militärischen Kategorien redet und Fluchtverhinderung mit militärischen Mitteln betreibt, stößt kaum noch auf Widerspruch. Anfang Juni 2006 hat EU-Kommissar Frattini die Entsendung einer „schnellen Eingreiftruppe“ auf die Kanarischen Inseln angekündigt. Mehrere EU-Staaten haben sich bereit erklärt, kurzfristig Flugzeuge und Schiffe an die afrikanische Küste zu verlegen, um dort Flüchtlinge zu orten und abzufangen.

Der verstärkte Einsatz von Satellitenüberwachung ist ebenso geplant wie der Einsatz unbemannter Überwachungsflugzeuge – so genannter Drohnen – an den Land- und Seegrenzen. Spanien will „temporäre Aufnahmezentren“ in Mauretanien und Senegal aufbauen. Was an den südlichen Außengrenzen passiert, ist eine moralische Bankrotterklärung der Europäischen Union.

Die Kritik von Bundesinnenminister Schäuble an seinem Vorgänger Schily, „Internierungslager am Rande der Sahara“ seien keine Lösung, hat innerhalb von zwei Jahren nichts von ihrer Richtigkeit verloren. Bedauerlicherweise schweigt Schäuble seit seinem Amtsantritt zu der Brutalisierung an den südlichen Außengrenzen. Nachdem es im Herbst 2005 in den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla zu massiven Menschenrechtsverletzungen und völkerrechtswidrigen Zurückweisungen kam, haben sich die Fluchtrouten in Richtung Mauretanien und Senegal verlagert. Die Folge: Die Wege nach Europa werden länger und gefährlicher. Über 1.200 Menschen verloren nach Angaben des spanischen Innenministeriums in den ersten drei Monaten des Jahres 2006 auf der Überfahrt zu den Kanarischen Inseln ihr Leben.

Kein Friedhof vor Europas Toren

Der neue „Eiserne Vorhang“ Europas muss weg. Mehr Soldaten, höhere Stacheldrahtzäune, mehr Grenzüberwachungstechnik etc. produzieren weiteres Leid und stellen eine massive Menschenrechtsverletzung dar.